



Der Wochenbericht

Neues aus Berlin, Hamm, Lünen, Selm und Werne
vom Bundestagsabgeordneten Michael Thews

Liebe Leserinnen und Leser,

Das Parlament hat in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr in einer Gedenkstunde der Opfer des Terroranschlages am Breidscheidplatz in Berlin gedacht. Bundestagspräsident Norbert Lammert drückte in seiner beeindruckenden Rede sein tiefes Mitgefühl an die Familien, Partner und Freunde der Opfer aus. Lammert erinnerte auch an den berührenden Gedenkgottesdienst, der einen Tag nach dem Anschlag in der Berliner Gedächtniskirche stattfand, bei dem in Anwesenheit des Bundespräsidenten und der Spitzen unserer Verfassungsorgane, vieler Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung sowie zahlreicher Repräsentanten unserer Gesellschaft und Vertreter der Religionsgemeinschaften

ihre Trauer zum Ausdruck gebracht haben. Der Bundestagspräsident wies darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger vom Staat und seinen Institutionen zu Recht erwarten, dass er sie schützt, dass er Vorsorge trifft gegen mögliche Gefahren und dass er seine Handlungsfähigkeit auch und gerade unter der islamistischen Terror-Gefahr beweist. Das sei im Grundsatz unstrittig, in der Umsetzung aber nicht einfach. Freiheit braucht Sicherheit, wenn sie verlässlich sein soll. Und Sicherheit braucht Freiheit, wenn sie nicht zur Repression verkommen soll, sagte Norbert Lammert. Deshalb sollten wir den Staat mit unseren Ansprüchen auch nicht überfordern – und schon gar nicht dürfen wir

vortäuschen, einem unkalkulierbaren Gegner mit scheinbar einfachen Mitteln begegnen zu können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Um unsere Freiheit in einer Zeit gewaltiger Umbrüche zu bewahren, braucht es einen handlungsfähigen Staat, der verlässlich für Gerechtigkeit und Sicherheit sorgt. Einen Staat, der vor Altersarmut genauso schützt wie vor Kriminalität und Terror. Der Wohlstand schafft und gerecht verteilt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird deshalb 2017 weiter treibende Kraft für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit in unserem Land sein.

Sicherheit und Gerechtigkeit waren die zentralen Themen der Jahresklausur

Mehr Sicherheit und Gerechtigkeit, das war das zentrale Thema bei unserer Jahresauftaktklausur. Es geht um mehr [Steuergerechtigkeit](#), die gezielte Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden und mehr [Rechte für Mieterinnen und Mieter](#) sowie Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der verlässlich für [Sicherheit und mehr Gerechtigkeit](#) sorgt. Wer arbeitet, muss derzeit mehr Steuern zahlen, als derjenige, der sein Geld für sich arbeiten lässt. Mit dieser Ungerechtigkeit muss endlich Schluss sein. Deshalb fordern wir, die [Abgeltungssteuer](#) abzuschaffen. [Familien und Alleinerziehende](#) brauchen mehr Unterstützung. Mit einer Familienarbeitszeit wollen wir

ICH MEINE:

„WIR BRAUCHEN EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT, DER FREIHEIT, SICHERHEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT IN DEN MITTELPUNKT SEINES HANDELNS STELLT.“

Eltern finanziell unterstützen, die ihre Arbeitszeit reduzieren. Außerdem soll es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kitas und Grundschulen geben.

Familien stärken heißt für uns auch, die Möglichkeit [zur Rückkehr von Teilzeit auf Vollzeit](#) zu schaffen. Wir wollen, dass das rechtsverbindlich möglich wird.

Einkommen aus Aktien und anderem Kapital darf nicht privilegierter behandelt werden, als Geld, das durch Arbeit verdient wird. Wir haben in unserer Klausur auch die Managergehälter und [Boni-Zahlungen](#) „aller Winterkorn“ in den Blick genommen, für die den meisten Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land jedes Verständnis fehlt. Unsere Forderung: Prämien und Boni über 500.000 Euro dürfen nicht mehr steuerlich absetzbar sein.

Klares Zeichen am Holocaust-Denkmal

Die Rede von AFD-Spitzenfunktionär Björn Höcke in Dresden zeichnet ein dunkles und zerstörerisches Bild von Deutschland. Als Partei muss die AFD sich nun unmissverständlich von den Äußerungen des Herrn Höcke distanzieren. Wenn er dort an führender Stelle weiterwirken darf, dann zeigt sich hier die rechts-extreme Haltung der AFD deutlich.



SPD-Bundestagsabgeordnete, Fraktionsmitarbeiter und Mitarbeiter aus dem Willy-Brandt-Haus versammelten sich spontan am Holocaust-Denkmal.

Als Sozialdemokraten und als Deutsche müssen und werden wir uns dieser Demagogie klar entgegenstellen. Um hier ein klares Zeichen zu setzen, haben sich viele meiner Kollegen in dieser Woche spontan entschlossen, sich am [Holocaust Mahnmal](#) zu versammeln. Aus meiner Sicht ist diese Gedenkstätte ein wichtiger Baustein für das gegenseitige Verständnis und guter Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern dieser Welt.

Ich fordere dazu auf, rechten Bestrebungen engagiert entgegenzutreten, wie Sozialdemokraten das in Hamm, Lünen, Selm und Werne in der Vergangenheit gemacht haben. Die SPD ist für weltoffene und bunte Städte

auf die Straße gegangen und hat ein sichtbares Zeichen gegen Rechts gesetzt. Wir werden



Mit meiner Partnerin Michaela Engelmeier MdB am Holocaust-Denkmal.

jetzt umso mehr, unsere Stimme für Vernunft erheben.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich in dieser Woche gegen ein Verbot der NPD ausgesprochen, weil keine direkte Gefahr mehr von ihr ausgeht. Ich hätte mir ein anderes Ergebnis gewünscht. Das Gericht hat aber auch festgestellt, dass die NPD verfassungsfeindlich ist und das ist wichtig. Wir haben es jetzt schwarz auf weiß und wir wissen, wie wir die NPD einzuschätzen haben. Dieses Urteil ist zu

akzeptieren, aber wir dürfen uns damit nicht zufrieden geben. Ich sehe im Erstarken der Rechten eine Gefahr. Rechte Kräfte bedrohen unsere Freiheit, hetzen in Sozialen Netzwerken, verunglimpfen und bedrohen Medien und aufrechte Demokraten in unserem Land.

Es ist unerträglich, dass sich Verfassungsfeinde, da wo sie in Landesparlamenten vertreten sind, durch Steuergelder finanzieren. Viele Bürgerinnen und Bürger haben dafür kein Verständnis. Das müssen und werden wir ändern. Die neue Rechte sammelt sich an anderer Stelle. Es gilt, wachsam zu bleiben und sich weiter entschieden gegen alle Rechten Bestrebungen zu stellen. Wir müssen jetzt umso mehr, unsere Stimme für Vernunft erheben.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dafür haben wir uns in dieser Legislaturperiode besonders eingesetzt. In dieser Woche sind wir einen guten Schritt weitergekommen. Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf unserer Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen, und Jugend, Manuela Schwesig, für mehr [Lohngerechtigkeit](#) von Frauen und Männern beschlossen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten künftig das Recht haben zu erfahren,



Ich bin für eine gleichberechtigte Zukunft mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern!

nach welchen Kriterien sie bezahlt werden. Zudem müssen in Betrieben mit mehr als 500 Be-

schäftigten Arbeitgeber regelmäßig und öffentlich einsehbar über den Stand der Gleichstellung und der Entgeltgleichheit

berichten und diese intern überprüfen. Bisher gab es kein Gesetz, das das Thema „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ voranbringt. Wir

wollen, dass Frauen genauso fair bezahlt werden wie Männer, das machen wir jedes Jahr beim Equal-Pay-Day deutlich. Die

Lohnlücke von 21 Prozent ist ungerecht. Deshalb war dieses Gesetz längst überfällig.

Girls' Day – Praktikum im Bundestag

Am 27. April 2017 findet der nächste bundesweite Girls' Day statt. Er bietet Mädchen die Möglichkeit, Einblicke in Berufe zu erhalten, in denen Frauen deutlich unterrepräsentiert sind bzw. in „frauenuntypische“ Berufe zu schnuppern und bei der Berufsorientierung zu unterstützen. Auch in der Politik brauchen wir Frauen in allen Bereichen! Deshalb beteiligt sich die SPD-Bundestagsfraktion erneut an diesem Projekt. In diesem Jahr ermöglicht die Fraktion wieder 60 Mädchen die Arbeit



der Abgeordneten in Berlin kennenzulernen. Dazu gibt es ein interessantes Programm. Dazu gehört der Besuch einer Plenarsitzung. Beim Planspiel „Politik Parcours“, wird erklärt, wie Gesetze entstehen. Eine Führung durch den Deutschen Bundestag und Diskussionsrunden mit einigen Abgeordneten und Fraktionsmitarbeiterinnen stehen ebenfalls auf dem Programm. Die Mädchen werden viel

über Beschäftigungsperspektiven von Frauen in der Politik, über berufliche Werdegänge von Politikerinnen sowie über gleichstellungs-, bildungs- und familienpolitischen Konzepte für Mädchen und Frauen erfahren. Dazu gehört natürlich auch ein Besuch der Abgeordnetenbüros und Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Bewerbungen per Mail unter: michael.thews@bundestag.de.

Otto-Wels-Preis für Demokratie

Wie schaffen wir es, den Zusammenhalt und das respektvolle Miteinander in unserer Gesellschaft wieder zu stärken – und warum ist das so wichtig? Die SPD-Bundestagsfraktion möchte im Rahmen des [Otto-Wels-Preises für Demokratie 2017](#) von jungen Menschen erfahren, welche Ideen, Gedanken und Antworten sie auf diese Frage haben. Es geht um unser derzeitiges und zukünftiges Miteinander und um unsere demokratische Kultur. Gerade für die

junge Generation besteht die Chance, das gesellschaftliche Leben und den Umgang miteinander wesentlich mitzuprägen.

Die drei am besten bewerteten [Wettbewerbsbeiträge](#) werden mit Geldpreisen ausgezeichnet. Das Preisgeld wird von den Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion gestiftet. Einsendeschluss ist Mittwoch, der 01. März 2017.

ICH MEINE:

„JUNGE MENSCHEN INTERESSIEREN SICH SEHR WOHL FÜR POLITIK. WIR MÜSSEN DIE FORMATE UND RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN, DAMIT DIESES ENGAGEMENT AUCH WIRKUNG ZEIGEN KANN.“

Ministerium fördert Elektromobilität in Hamm

Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, hat gestern den Förderbescheid über 50.000 Euro aus dem Förderprogramm zur batterieelektrischen [Elektromobilität](#) für die Stadt Hamm an den SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Thews übergeben. Die Stadt beabsichtigt ein innovatives, auf Elektromobilität basierendes, Logistikkonzept für Mittelzentren umzusetzen, um ihre Selbstverpflichtung zum Umweltschutz zu erreichen. Die zu erstellende Studie soll in einem ersten Schritt Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit nachweisen. Das Gesamtvolumen der überreichten Förderbescheide beträgt 11,5 Millionen Euro. Damit werden Gesamtinvestitionen in



Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, hat mit den Förderbescheid für die Stadt Hamm übergeben.
Foto: BMVI

Höhe von rund 24,3 Millionen Euro ermöglicht. Städte, Gemeinden, Landkreise und andere kommunale Akteure erhalten Mittel für den Aufbau der Elektromobilität vor Ort. Die Projekte haben eine große Bandbreite: von der Umrüstung des

öffentlichen Nahverkehrs auf elektrische Busse über die Anschaffung einer vollelektrischen Straßenkehrmaschine bis zum Einsatz von E-Fahrzeugen in der Flugzeugabfertigung und bei der Müllabfuhr.

Vorrang für Investitionen in Bildung und schnelles Internet

Der Bund hat 2016 vor allem aufgrund der guten Wirtschaftslage erneut ein Haushaltsplus erzielt. Wir wollen den Menschen nun zurückgeben, was sie durch harte Arbeit selbst erwirtschaftet haben. Auch das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Deshalb spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür aus, die Überschüsse gezielt in

Bildung, gute Verkehrswege und schnelles Internet zu investieren. Damit schaffen wir das Fundament für künftigen Wohlstand und Arbeitsplätze. Für uns ist klar: Wir wollen nachfolgenden Generationen so wenig Schulden wie möglich hinterlassen. Aber daraus darf kein Selbstzweck werden. Denn wir schulden unseren Kindern

schon heute gute Startchancen ins Leben - durch moderne Schulen, ausreichend Kita-Plätze und Ganztagsbetreuung. Viele sind tagtäglich mit maroden Schulen oder Straßen konfrontiert und erwarten zu Recht, dass der Staat jetzt handelt und vernünftig investiert.

Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Diese Woche hat das Parlament die Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses zum [Jahresbericht 2015 des Wehrbeauftragten](#) beraten. Der Wehrbeauftragte informierte mit seinem Jahresbericht den Deutschen Bundestag über den inneren Zustand der Bundeswehr und gab Auskunft über die Zahl der Eingaben von Soldaten und die Truppenbesuche im Berichtszeitraum.

Das Berichtsjahr war geprägt von einsatzgleichen Verpflichtungen wie der schnellen Speerspitze der NATO und der öffentlich geführten Debatte über Qualität und Quantität der Ausstattung. Hinzu kam die zivile



Die Bundeswehr hat personell und materiell in einigen Bereichen ihr Limit erreicht.

Amtshilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise im signifikanten Umfang.

Dabei ist deutlich geworden, dass die Bundeswehr personell und materiell in einigen Bereichen ihr Limit erreicht hat. Viele

Eingaben spiegeln auch Probleme wider, die sich aufgrund einer hohen Zahl von Wochenendpendlern ergeben, und der Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Soldaten heute deutlich über dem einer Wehrpflichtarmee liegt.

In der Beschlussempfehlung wurde u. a. darauf hingewiesen, dass dringender Nachbesserungsbedarf bei der Infrastruktur der Bundeswehrliegenschaften besteht und dass Probleme bei der ausreichenden und adäquaten Ausstattung von Soldaten und Soldatinnen mit Bekleidung auftreten.

Verbraucherschutz für Pauschalreisende verbessern

Mit der Neufassung der EU-Pauschalreiserichtlinie, die mit dem [vorliegenden Gesetzentwurf](#) in nationales Recht umgesetzt werden soll, wird das Pauschalreiserecht insbesondere auch hinsichtlich der zunehmenden Buchung von Reisen über das Internet modernisiert und angepasst.

Ziel ist es, den Verbraucherschutz auch für Reisende zu erhöhen, die auf diesem Weg Angebote buchen. Zudem sollen damit faire Wettbewerbsbedingungen im Reisemarkt zwischen

Online-Anbietern und Reisebüros erhalten bleiben.

Konkret sieht der Gesetzentwurf für Reisebüros nun ein vor der Buchung und Bezahlung einer Reise stattfindendes neutrales Beratungsgespräch vor.

Die Kundinnen und Kunden sollen so in die Lage versetzt werden unter Abwägung der Vor- und Nachteile (z.B. bessere Absicherung und Planbarkeit bei einer Pauschalreise versus indivi-

duelle Gestaltbarkeit bei verbundenen Reiseleistungen) vor dem eigentlichen Verkaufsgespräch das gewünschte Modell zu wählen. Erst die Entscheidung des Kunden, eine Pauschalreise oder einzelne Reiseleistungen im Anschluss an das Beratungsgespräch buchen zu wollen, legt fest, wie das weitere Buchungsprozedere und die Beratung bezogen auf konkrete Reiseangebote gestaltet wird

Sportbericht der Bundesregierung

[Der 13. Sportbericht der Bundesregierung](#) fasst die wichtigsten sportpolitischen Entwicklungen von 2010 bis 2013 zusammen und zieht eine sportpolitische Bilanz der Bundesregierung in diesem Zeitraum. Der Bericht ist Grundlage für die weitere Sportentwicklung und -förderung in Deutschland.

Mit dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen setzen wir uns dafür ein, den Reformprozess zur Neuausrichtung der Spitzensportförderung durch eine perspektiv- und potentialbezogene Förderung der Athletinnen und Athleten fortzusetzen und leistungsfähige Förderstrukturen im Spitzensport konsequent und zielgerichtet voranzutreiben.



*Michaela Engelmeier,
sportpolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion.*

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, die Potentiale der Digitalisierung und Technisierung bei der Förderung des Spitzensports stärker zu nutzen und dabei wegweisende Projekte voranzubringen.

gen und die Inklusion im Allgemeinen und den Leistungssport von Menschen mit Behinderung im Besonderen weiterhin intensiv zu fördern und dabei auch die Nachwuchsgewinnung zu forcieren.

Im Anschluss an die bisher erreichten Verbesserungen im Bereich der „Dualen Karriere“ fordert die SPD Bundestagsfraktion, sich für weitere Fortschritte bei der Vereinbarkeit von schulischer, akademischer, beruflicher und sportlicher Karriere einzusetzen.

Die [Rede von Michaela Engelmeier](#), Obfrau und sportpolitische Sprecherin der SPD Bundestagsfraktion, finden sie hier.

Zugang zu Cannabis neu geregelt

Der Bundestag hat in dieser Woche einstimmig ein Gesetz verabschiedet, mit dem schwerkranken Menschen der Zugang zu [Cannabis](#) als Medikament erleichtert wird. Demnach können schwer kranke Patienten künftig

Cannabisarzneimittel auf Rezept in der Apotheke erhalten. Die Kosten übernimmt die gesetzliche Krankenversicherung. Cannabis kommt bisher nur mit einer Ausnahmegenehmigung als Heilmittel zum Einsatz, etwa

um Schmerzpatienten zu helfen. Eine Ausnahmeerlaubnis ist durch das neue Gesetz nicht mehr nötig: Künftig können Patienten getrocknete Cannabisblüten und Cannabisextrakte in kontrollierter Qualität auf ärztliche Verschreibung hin erhalten.

Ich verbleibe mit vielen Grüßen aus Berlin und einem herzlichen Glückauf!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Michael Thews'.

Michael Thews